

# Erwartungen an Merz

Die Koalitionsverhandlungen von Union und SPD gehen auf die Zielgerade. Nun muss vor allem einer liefern: der Kanzlerkandidat.

VON HAGEN STRAUSS

**BERLIN** CSU-Chef Markus Söder stimmte sich am Montagmorgen mit einer schlagkräftigen Filmkone aus vergangenen Tagen auf die Koalitionsverhandlungen in der bayerischen Landesvertretung ein. Söder postete ein Bild von sich mit einer Bud-Spencer-Tasse in der Hand. „Woche der Entscheidungen: Jetzt kommt es drauf an“, schrieb der Ministerpräsident dazu.

Die Zeit des Draufhauens in alter Spencer-Manier soll für Union und SPD freilich vorbei sein. Zumindest zeigten sich einige Chefverhandler zuversichtlich bei der Ankunft am Tagungsort, diese Woche die Gespräche abschließen zu können. Vor allem auf einem lastet momentan besonderer Druck: auf Friedrich Merz. Wegen steigender Umfragewerte der AfD. Wegen sinkender für die Union. Und wegen gebrochener Wahlversprechen zugunsten der SPD. Wo der voraussichtlich künftige Kanzler im Schlusspurt liefern muss.

**Die Themen** Steuern und Einsparungen, weniger Belastungen für die Wirtschaft und die Migration inklusive Zurückweisungen an den Grenzen, das sind die Hauptpunkte, bei denen Merz eine gehörige Portion „CDU pur“ in den Koalitionsvertrag verhandeln muss. „Das ist die klare Erwartung“, heißt es in der Partei. Denn gerade bei diesen Themen hat die Union im Wahlkampf viel versprochen. Zu hören ist aber auch, dass sich mancher „noch

wundern“ werde über die Ergebnisse, die Merz erzielen werde. Dass der Kanzlerkandidat und die Union unter Zugzwang stehen, weiß man auch in der SPD. Parteichefin Saskia Esken äußerte am Montag Verständnis: „Na klar, wir müssen auf beiden Seiten Punkte machen.“

**Die Jungen** Die lauteste Kritik kommt von der Jungen Union (JU). Deren Vorsitzender Johannes Winkel ist derzeit auf vielen Kanälen unterwegs. Die Union sei der SPD beim Thema Finanzen „sehr weit entgegengekommen“, ließ er am Montag wissen. Nun müsse die SPD auf die Union „bei den Themen Wirtschaft und Migration ein sehr großes Stück“ zugehen. Auf die Frage, ob er gegen eine Koalition mit der SPD stimmen würde, wenn es hier keinen Politikwechsel gebe, antwortete Winkel in einem Interview: „Alles andere entspräche ja dem Motto Macht als Selbstzweck.“ Weiter sagte er: „Eine Regierung mit CDU-Kanzler, aber SPD-Inhalten wäre doch erst recht ein Konjunkturprogramm für die AfD.“

Innerparteilich kommt Winkels Konfrontationskurs nicht sonderlich gut an – er wolle sich nur profilieren und übertreibe es, wird hinter vorgehaltener Hand geschimpft. Und das, obwohl er von Merz im Wahlkampf unterstützt worden sei. Winkel sitzt neu im Bundestag.

**Die Basis** Zuletzt erreichten das Konrad-Adenauer-Haus keine guten Nachrichten von der Basis. In unzähl-

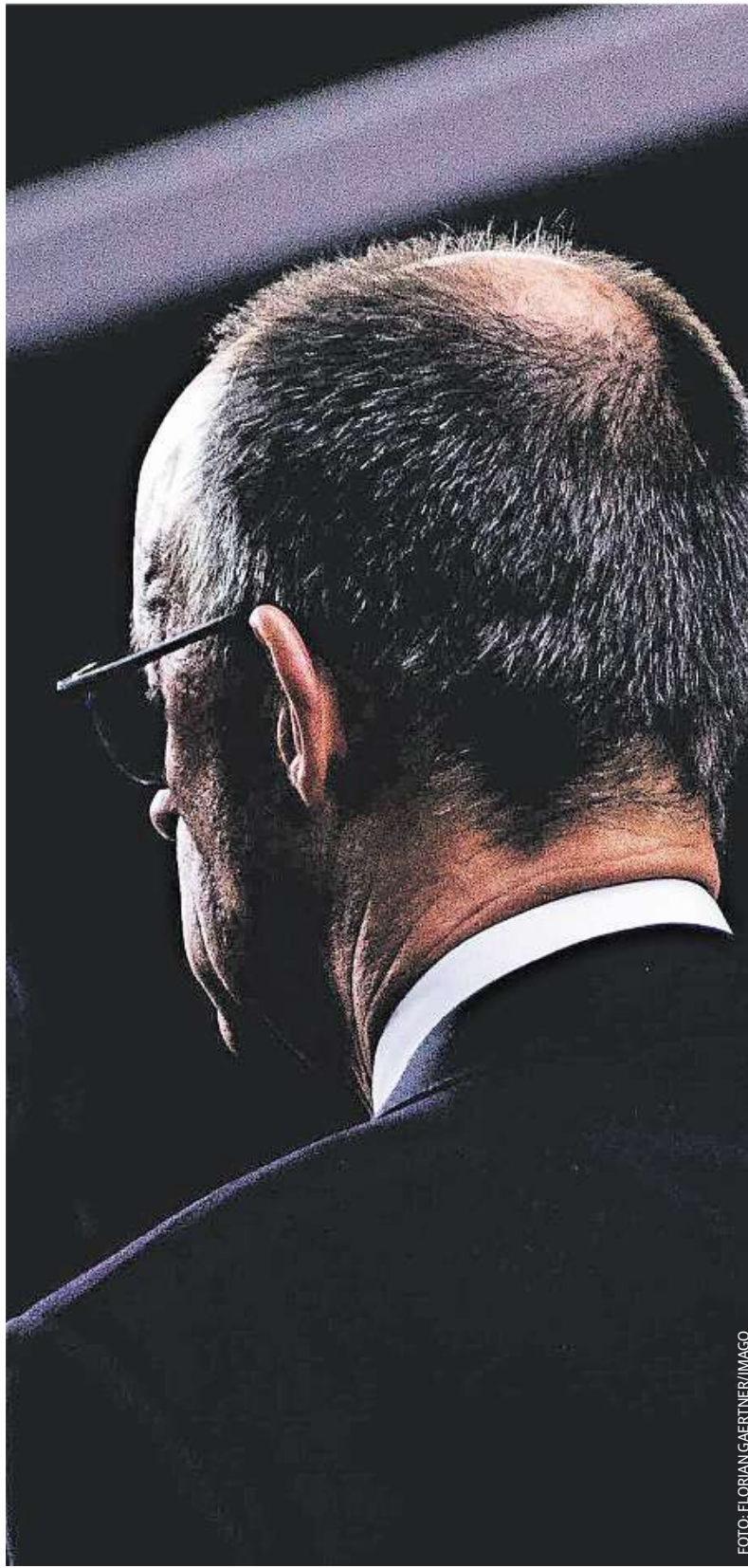


FOTO: FLORIAN GAERTNER/IMAGO

ligen Mails machten sich Parteimitglieder Luft nach dem Kursschwenk des Vorsitzenden bei den Schulden.

Darüber hinaus sorgten Austritte in Kreis- und Stadtverbänden für Schlagzeilen – wie etwa in Kühlungsborn. Insgesamt soll es „höhere Austrittszahlen als üblich“ gegeben haben. In der Parteiführung sorgt das freilich auch für Unverständnis: „Einen Austritt mitten in Koalitionsverhandlungen zu begründen, ohne deren Ergebnisse abzuwarten, halte ich persönlich für unpassend“, meinte kürzlich Vorstandsmitglied Philipp Amthor. Manch einer spricht überdies von „einem Sturm im Wasserglas“. Wenn die Verhandlungen erst einmal abgeschlossen seien und Merz entsprechende Ergebnisse vorgelegt habe, werde sich die Lage beruhigen. Denn eins wolle die Union doch immer: „Regieren.“

**Das Personal** Nach den Inhalten soll das Personal festgezurrt werden. Und wohl auch erst dann, wenn die SPD ihren Mitgliederentscheid erfolgreich überstanden hat. Jede Menge Namen und Besetzungslisten kursieren. Merz braucht ein überzeugendes personales Angebot, um Gemüter in der Partei zu beruhigen. Auch hier ist der Druck auf ihn groß. Denn es gibt Erwartungen, etwa mit Blick auf die Beteiligung von Frauen oder Ostdeutschen.

**Der Präsident** Das Vorgehen von US-Präsident Donald Trump bei den Zöllen hat auch bei den schwarzen und roten Koalitionsverhandlern zu der Einsicht geführt, dass es nun schneller gehen und man sich auf das Wesentliche konzentrieren muss. Für Merz ist das die rasche Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Landes, wie er wissen ließ. Trump spielt ihm sozusagen in die Hände, zu beschleunigten Ergebnissen zu kommen. Oder wie CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt am Montag meinte, allen werde nun noch mal bewusst, „dass wir eine sehr, sehr hohe Verantwortung haben“.

## MELDUNGEN

### Helfer von Aschaffenburg muss nicht ausreisen

**ASCHAFFENBURG** (dpa) Ein mutiger Helfer bei der Verfolgung des mutmaßlichen Angreifers von Aschaffenburg muss Deutschland trotz eines abgelehnten Asylantrags vorerst nicht verlassen. Eine Abschiebung des somalischen Staatsbürgers nach Italien „steht bis auf Weiteres nicht im Raum“, teilte eine Sprecherin des bayerischen Innenministeriums auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur mit. Das Innenministerium teilte dazu mit, Berichte beruhten auf einem „Missverständnis“.

### Staatsschutz ermittelt nach Parolen in Bielefeld

**BIELEFELD** (epd) Im Fall von rassistischen Parolen von Schülern einer Bielefelder Schule bei einem Besuch der Gedenkstätte Bergen-Belsen im Juli 2024 wird ermittelt. Danach sollen Schülerinnen und Schüler eines Bielefelder Gymnasiums bei einem Besuch der Gedenkstätte Bergen-Belsen im Juli 2024 auf dem zentralen Platz die umgedichtete Version des 90-Jahre-Hits „L'amour toujours“ von Gigi d'Agostino angestimmt und „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ gesungen haben.

### Verband warnt vor Kollaps der Tierheime

**BONN** (epd) Der Deutsche Tierschutzverband warnt vor einem Kollaps der Tierheime. Die größten Probleme seien die anhaltend hohe Zahl der abgegebenen Tiere und eine chronische Unterfinanzierung, teilte der Verband am Montag in Bonn mit. Es fehle meist der Platz, um Tiere sofort aufzunehmen. Nur 18 Prozent der Tierheime hätten noch Kapazitäten. Insbesondere alte, kranke und im Verhalten auffällige Tiere belegten Tierheimplätze teils lange.

# Was verdient ein Abgeordneter?

Dem neuen Bundestag gehören nun weniger Parlamentarier an, damit sinken die Kosten. Am meisten wird bei Mitarbeitenden gespart.

VON FARINA KREMER

**BERLIN** Der neue Bundestag ist um 103 Abgeordnete auf 630 Mandatsträger geschrumpft. Das bedeutet auch eine Einsparung für Steuerzahler. Insgesamt kostet das Parlament nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) 125 Millionen Euro weniger. Dabei machen die Diäten der Abgeordneten den kleinsten Teil aus. Am meisten gespart wird bei den Mitarbeitergehältern. Laut IW entfallen durch das kleinere Parlament 13 Millionen Euro Auszahlungen an die Parlamentarier. Daneben werden rund 44 Millionen Euro für Mitarbeiter-

gehälter eingespart. Ein Überblick zu den Ausgaben.

Seit dem 1. Juli 2024 erhalten Abgeordnete eine monatliche Aufwandsentschädigung von 11.227,20 Euro. Sie ist einkommenssteuerpflichtig. Abgeordnete haben nach dem Grundgesetz einen Anspruch auf eine Entschädigung, die angemessen ist und ihre Unabhängigkeit sichern und damit vor Korruption schützen soll. Die Höhe ergibt sich aus dem „besonderen“ Amt und der „damit verbundenen Verantwortung und Belastung“, wie es bei der Bundestagsverwaltung heißt.

Die Aufwandsentschädigung wird jährlich zum 1. Juli angepasst.

Sie orientiert sich seit 2014 am Gehalt von einfachen Richtern an den obersten Bundesgerichten. Das liegt daran, dass die Abgeordneten eine vergleichbare Verantwortung und Belastung hätten wie die Richter, heißt es. Neben ihrer Abgeordnetentätigkeit dürfen Mandatsträger Nebeneinkünfte haben, müssen diese Bezüge aber ab einer Höhe von 1000 Euro im Monat oder 3000 Euro im Jahr angeben. Die Annahme bestimmter geldwerter Zuwendungen und Vermögensvorteile ist hingegen verboten.

Um ihre Ausgaben zu finanzieren, bekommen Abgeordnete zudem eine monatliche, steuerfreie Auf-

wandspauschale von derzeit rund 5340 Euro. Sie wird jährlich zum 1. Januar an die Lebenshaltungskosten angepasst. Davon müssen alle Dinge bezahlt werden, die zur Ausübung des Mandats anfallen, wie Büromaterial, aber auch der Zweitwohnsitz in Berlin oder das Wahlkreisbüro.

Zu der Amtsausstattung gehört auch ein Büro in Berlin. Geräte und Bürobedarf wie Laptops und auch Handys inklusive Verträgen gehören nicht dazu und werden aus einem weiteren Topf mit jährlich 12.000 Euro je Abgeordnetem bezahlt. Außerdem erhalten neu gewählte Parlamentarier in ihrem ersten Jahr eine Sonderzahlung von 255,65 Euro. Die

Abgeordneten können innerhalb von Berlin Dienstfahrzeuge nutzen und erhalten eine Freifahrkarte für die Bahn. Inlandsflugkosten werden erstattet, wenn sie zur Mandatsausübung gebucht werden.

Mitarbeitende, die die Abgeordneten bei ihrer parlamentarischen Arbeit unterstützen, stehen monatlich 25.874 Euro zu. Das Geld wird direkt als Gehalt an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausgezahlt.

Parlamentarier haben nach einer gescheiterten Wiederwahl keinen Anspruch auf das Arbeitslosengeld I. Deswegen gilt: Für jedes Jahr im Parlament, erhält ein Abgeordneter einen Monat lang die aktuelle Auf-

wandsentschädigung – allerdings für höchstens 18 Monate. Ab dem zweiten Monat werden zudem alle Erwerbseinkünfte mit dem Übergangsgeld verrechnet.

Die Altersentschädigung soll die Zeit ausgleichen, in der die Parlamentarier keiner anderen Tätigkeit nachgehen konnten und damit auch nicht in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben. Sie beläuft sich auf 2,5 Prozent der Aufwandsentschädigung, nachdem der Abgeordnete ein Jahr im Amt ist. Mit jedem weiteren Jahr steigt sie um je 2,5 Prozent, bis sie den Höchstsatz von 65 Prozent erreicht hat (nach 26 Jahren im Parlament).

# Krefelder Gartenwelt

RENNBAHN

Mit rund 160 Ausstellenden

11.–13. APRIL

GENUSS & KULINARIK | MODE & SCHMUCK | HAUS & GARTEN | KUNST & LEBENSART

Ticket 12,- € | Kinder frei  
Fr 12 – 18 Uhr | Sa + So 10 – 18 Uhr

RENO MÜLLER VERANSTALTUNGEN